



Antrag A1: Forderungen an die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag

Antragstellende:

- Die Mitglieder des Präsidiums: Lukas Mezger, Sabria David, Alice Wiegand, Daniel Reisener, Christina Dinar, Kilian Kluge und Valerie Mocker
- Der Vorstand: Christian Humborg

Antragstext:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen, dass Wikimedia Deutschland nach der Wahl zum 20. Bundestag Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung adressiert, die dem Movement-Strategie-Grundsatz "Wissensgerechtigkeit" folgen:

Mit öffentlichem Geld werden Gesetzestexte, Verordnungen, Gutachten, Studien, Datensammlungen, Software und vieles mehr erstellt. **Wikimedia fordert, dass alle maßgeblich mit öffentlichem Geld finanzierten Inhalte grundsätzlich öffentlich zugänglich gemacht und zur Nachnutzung freigegeben werden. Das muss auch für die Arbeitsergebnisse der durch die öffentliche Hand Beauftragten (wie Kanzleien, Wissenschaftsinstitutionen, IT-Beratung und andere) gelten. Das Informationsfreiheitsgesetz muss in ein Transparenzgesetz fortentwickelt werden, inklusive eines Rechtsanspruchs auf Open Data.** Damit die Ehrenamtlichen der Wikimedia-Projekte – und auch alle anderen – Zugang zu diesen Inhalten bekommen und sie nutzen können.

Aktuell wird auf europäischer Ebene der "Digital Services Act" verhandelt, durch den Plattformen wie Google, Apple, Facebook etc. reguliert werden sollen. Dabei droht, dass nur der Maßstab kommerzieller Plattformen angelegt wird und die Ehrenamtsprojekte wie bspw. die Wikipedia und ihre Besonderheiten nicht berücksichtigt werden. **Wikimedia fordert vom EU-Gesetzgeber Ausnahmeregelungen für den Betrieb von Plattformen durch selbstverwaltete Communities.** Wenn dagegen allein die Wikimedia Foundation als Plattformbetreiberin für die Durchsetzung von Regeln rund um die Wikipedia verantwortlich gemacht wird oder unrealistische Fristen zur Prüfung schwierig zu bewertender Inhalte eingeführt werden, wird es keine echte Selbstbestimmung der Communities mehr geben können. **Weiterhin darf es keinen Druck auf Plattformen geben, problematische aber legale Inhalte zu entfernen.** Sonst werden die Plattformen zu Richtern über die Meinungsfreiheit.

Eine sehr wichtige Entscheidungsinstanz zum Thema Freien Wissens ist auf globaler Ebene die Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO - World Intellectual Property Organization). Dort werden internationale Abkommen ausgehandelt, die wiederum die Urheberrechtsgesetze so gut wie aller Staaten der Erde beeinflussen. **Wikimedia fordert von der WIPO die Aussetzung restriktiver Handelsregeln zum geistigen Eigentum in besonderen Krisenzeiten und -regionen und die Ausweitung der urheberrechtlichen Schrankenregelungen.** Denn die Corona-Pandemie zeigt, dass übermäßig strenge Schutzrechte bei Bildungsmaterialien und Impfstoffen verhindern, dass Wissen geteilt werden kann - zum Nachteil aller. **Wikimedia fordert außerdem, dass die Wikimedia Foundation als Beobachterin bei der WIPO zugelassen wird.** Sonst wird Wikimedia aus politischen Gründen weiterhin anders behandelt als zum Beispiel Creative Commons, der internationale Bibliotheksverband oder die Dachverbände der Kreativwirtschaft.